

Der frühere Staats- und Parteichef Hu Jintao wurde abgeführt, aber das weiss in China kaum jemand: Wie Xi das Internet zensieren lässt

Das Internet zu kontrollieren, sei unmöglich, dachten einst Bill Clinton und Bill Gates. Doch die chinesische Regierung hat genau das vollbracht, dank der «Grossen Firewall» und viel Zensur.

Matthias Sander, Shenzhen

25.10.2022, 05.30 Uhr



Propaganda auf allen Kanälen: Unter Xi Jinping hat der Parteistaat im chinesischen Internet inhaltlich das alleinige Sagen erlangt.

Getty

Man stelle sich vor, in der Schweiz gäbe es eine Zensurbehörde, beaufsichtigt vom Bundespräsidenten. Kurz vor der nächsten Bundesratswahl meldet die Behörde, dass sie wieder einmal Tausende Konten in sozialen Netzwerken

geschlossen habe, wegen Verbreitung von Fake News. Als ein Demonstrant in Bern es kurzzeitig schafft, an einer Brücke Banner mit politischen Forderungen etwa zur Covid-Politik aufzuhängen, wird der Hashtag #Bern auf Twitter gesperrt.

Ähnliches passiert ein paar Tage später, als der Bundespräsident seinen ungeliebten Vorgänger vor vollem Saal im Bundeshaus abführen lässt: Auf Twitter und Google gibt es kein Wort zu der offensichtlichen Machtdemonstration, der Vorgänger kommt nur in ein paar älteren Beiträgen vor. Einzig ein Foto der staatlichen Nachrichtenagentur zeigt, wie der Vorgänger noch kurz vor seinem Verschwinden neben dem neuen starken Mann steht.

Genau das ist die Lage in China. Der Staats- und Parteichef Xi Jinping beaufsichtigt die mächtigste Zensurbehörde der Welt, die Cyberspace Administration of China, die rund um den Kongress der Kommunistischen Partei offenbar wieder ganze Arbeit geleistet hat. Erst liess sie online einen einsamen, mutigen Demonstranten in Peking verschwinden; dann erstickte sie jegliche Beiträge zum merkwürdigen Entfernen Hu Jintaos vom Podium des Kongresses.

Die Cyberspace Administration of China (CAC) hat seit dem Beginn von Xis Amtszeit 2012 viel Macht erhalten. Sie sorgt dafür, dass die allermeisten Chinesen in einer Art Paralleluniversum leben – sie wissen weder von dem Peking Demonstranten etwas noch von Hus Verschwinden. Neben Zensur ist die CAC auch für Regulierung zuständig und somit zentral bei der seit 2021 laufenden Kampagne gegen Internetplattformen. Die Cyberspace Administration hat entscheidenden Anteil daran, dass Chinas Internet für die NGO Freedom House seit Jahren als eines der unfreiesten der Welt gilt.

Bill Clinton und Bill Gates waren optimistisch

Bemerkenswert ist, wie umfassend die CAC und weitere Behörden das chinesische Internet im Griff haben. Dass das möglich ist, konnte sich lange kaum jemand vorstellen. Im Jahr 2000 sagte der amerikanische Präsident Bill Clinton den berühmten Satz, der Versuch, das Internet zu kontrollieren, sei wie

der Versuch, Wackelpudding an eine Wand zu nageln. 2008 sagte der Microsoft-Gründer Bill Gates: «Ich sehe keinerlei Risiko in der Welt als Ganzes, dass jemand den freien Fluss von Inhalten im Internet einschränken wird.»

Das Internet kam 1994 nach China. Kurz darauf begann das Ministerium für öffentliche Sicherheit, dem die Polizeikräfte unterstellt sind, sein «Projekt Goldenes Schutzschild». Unter anderem sollten die Fichen, welche der Parteistaat zu jedem Chinesen führte, digitalisiert werden. Ein Teilprojekt war die Kontrolle des Internets. Die entsprechenden Massnahmen subsumierten zwei Autoren 1997 unter der Bezeichnung «Great Firewall of China», in Anlehnung an die Grosse Mauer. Der Begriff hat sich auch im Chinesischen durchgesetzt.

Die «Grosse Firewall» ist keine harte Mauer. Sie bedeutet, dass die chinesische Regierung den grenzüberschreitenden Internetverkehr filtert und gegebenenfalls blockiert. Das ist in China relativ einfach, weil das Netz ganz bewusst nur an wenigen Knotenpunkten mit dem globalen Internet verbunden ist. Laut der Internationalen Fernmeldeunion gibt es zum Beispiel nur drei sogenannte Internet Exchange Points, so viele wie in der kleinen Schweiz. Die meisten hat Australien mit 97; Zahlen für die USA hat die Fernmeldeunion nicht.

Wikipedia ist in China verboten

Die Filtermethoden sind über die Jahre ausgefeilter geworden. Ursprünglich nutzte die Regierung Router des amerikanischen Netzwerkausrüsters Cisco, um den Datenverkehr an der Grenze auf ihre eigenen Server zu spiegeln. Dort kann sie die Datenpakete inspizieren und solche mit unliebsamen Inhalten aussortieren, ähnlich wie der Zoll.

Heute hat die Regierung zahlreiche Möglichkeiten der Blockade. Das lässt sich am Beispiel von Wikipedia verdeutlichen. Lange war die Online-Enzyklopädie von China aus erreichbar. Dann wurden einzelne Artikel gesperrt, etwa einer zu «Internetzensur in China», basierend auf der Blockade von Schlüsselwörtern. Später wurde die chinesische Version von Wikipedia gesperrt, schliesslich das

gesamte Portal.

Die Regierung kann bestimmte URL sperren, etwa nzz.ch, die wie jene praktisch aller grossen westlichen Medien in China verboten ist. Sie kann auch den Zugang zu Websites verhindern, indem sie den Datenverkehr manipuliert. Wenn man nämlich die Adresse einer Website im Browser eintippt, liefern Server des sogenannten Domain Name System (DNS) dazu die passende numerische Internetprotokoll-Adresse (IP) – ausser die Regierung leitet die Anfrage zu einer anderen IP weiter. Sie kann auch einfach die zugrunde liegenden IP-Adressen sperren.

Welche Websites der Parteistaat wie zensiert, das sagt er nicht. Aber dank Internetaktivisten weiss man ungefähr, wie ausgeprägt die Kontrolle ist. Laut dem Projekt Greatfire.org blockiert oder zensiert China derzeit rund ein Viertel der weltweit wichtigsten Domains, nämlich 198 von 827. Ganz oben stehen Google, Youtube und Facebook. Oft vertreten sind auch Angebote für Pornografie und Geldspiele, die in China verboten sind.

Der Ausschluss westlicher sozialer Netzwerke hat den Aufstieg chinesischer Plattformen wie der «Super-App» WeChat und des Twitter-Pendants Weibo begünstigt. Dies vereinfacht den Internetzensoren die Arbeit: Sie müssen ihre Anweisungen nur an relativ wenige lokale Anbieter schicken, denen sie zudem sehr wirksam mit rechtlichen Konsequenzen bei Nichtbefolgung drohen können. Entsprechend schnell setzen die Moderatoren von WeChat, Weibo und Co. üblicherweise die Anweisungen aus Peking um.

Zensurbefehle zum Ukraine-Krieg wurden geleakt

Wie diese Anweisungen aussehen, weiss man durch Leaks, die etwa die Website «China Digital Times» veröffentlicht. Eine Woche nach Beginn des Ukraine-Krieges soll die Cyber Administration of China einem guten Dutzend Plattformbetreibern befohlen haben, nur noch Inhalte von Staatsmedien zuzulassen. Existierende Hashtags etwa von Bloggern und Influencern sollten aus den Trendthemen entfernt werden, neue Hashtags zum Ukraine-Krieg nur

noch von Staatsmedien zugelassen werden.

Ein jüngeres Beispiel aus der Region Xinjiang zeigt, wie auch lokale Behörden das Internet zensieren. Die Abteilung für Internetüberwachung einer lokalen Polizeibehörde in der Präfektur Yili verfügte während eines harten Covid-Lockdowns, dass keine «negative Energie» verbreitet werden dürfe. «Jedes weitergepostete Material, das keine offizielle Bestätigung hat, öffentliche Panik auslöst oder einen negativen und böartigen Einfluss ausübt, führt ausnahmslos zur Inhaftierung!»

Die Internetzensur kann man mit sogenannter VPN-Software umgehen. Sie baut bildlich gesprochen einen Tunnel unter der «Grossen Firewall». Sie verbindet einen Computer in China mit Servern im Ausland, die den Standort des Computers verschleiern. So kann man auf das weltweite Internet zugreifen.

Solche VPN-Software zu kaufen und zu installieren, wird in China immer schwieriger. Sie ist illegal. Wegen VPN-Nutzung wurden Uiguren in Xinjiang in Lager verschleppt, andernorts werden Chinesen von der Polizei vorgeladen. Der chinesische Apple-Store und andere App-Portale bieten keine VPN an. Man kann sie nur bei Schwarzhändlern auf Online-Marktplätzen wie Taobao kaufen – oder sie mit dem notwendigen technischen Know-how selbst installieren und konfigurieren.

Das Tiktok-Pendant Douyin zeigt die Welt schwarz-weiss

Deshalb nutzen die allermeisten Chinesen kein VPN. Viele verbringen stattdessen täglich Stunden auf Plattformen wie Douyin, der chinesischen Version der Video-App Tiktok, die voller Inhalte im Sinne des Parteistaats sind. Ein Chinese, der am Douyin-Konsum seiner Frau verzweifelt, fasst das dortige Weltbild so zusammen: In China sei alles prima, im Ausland herrschten Chaos und Gewalt.

Während heikler politischer Anlässe wie Parteikongressen verschärfen die Cyberspace Administration of China und die anderen zuständigen Behörden die

Kontrolle des Cyberraums noch einmal. Zum Beispiel blockieren sie bestimmte VPN-Anbieter. Warum tut die Regierung das nicht die ganze Zeit, wenn sie es offensichtlich kann?

Die Aktivisten des «Great Firewall»-Reports haben eine Vermutung. In einem dieser Tage erschienenen Artikel schreiben sie, die Zensoren wüssten, dass sie das Katz-und-Maus-Spiel mit den Anti-Zensur-Aktivisten nicht gewinnen könnten. Deshalb würden sie ihre neusten «geheimen Waffen» erst kurz vor heiklen politischen Phasen einsetzen, damit die Aktivisten nicht schon abwehrbereit seien.



[Kontakt](#)

[AGB und Datenschutz](#)

[Impressum](#)